

15. Juni 2015

Pilotprojekt soll aufgefrischt werden

TEB-Districtsrat wünscht sich Ausbau und mehr Sichtbarkeit für die grenzüberschreitenden Gesundheitskooperationen.



In Notfällen, hier die Beschilderung beim Basler Unspital, klappt die grenzüberschreitende Kooperation in der stationären Gesundheitsversorgung; jenseits davon ist das politisch 2007 auf die Agenda gesetzte Thema angesichts vieler Systemunterschiede aber harzig geblieben. Foto: Daniel Gramespacher

SAINT-LOUIS. Wieder mehr ins öffentliche Bewusstsein bringen möchte der Districtsrat im Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) die zwischen den beiden Basler Kantonen und dem Landkreis Lörrach bestehende Kooperation im Gesundheitswesen. Gleichzeitig wünscht der Rat bei vergleichbaren zukünftigen Projekten ausdrücklich auch eine Ausdehnung nach Frankreich. Eine entsprechende Motion verabschiedeten die Mitglieder des triantionalen Gremiums mit 20 Vertretern aus der Schweiz und je 15 aus Deutschland und Frankreich am Freitag in Saint-Louis.

Unterschiedliche Sozial- und Versicherungssysteme und nicht vergleichbare Abschlüsse stehen dem Wunsch indes weiter entgegen. Das gilt, abgesehen von sprachlichen Hürden, besonders für das französische System, wie die Direktorin des Klinikverbunds "Centre hospitalier de Mulhouse" Danielle Portal den Räten erklärte. Mit Vertretern des schweizerischen und deutschen Gesundheitssystems war sie an der 32. Plenarversammlung des Districtsrats im Rathaus St. Louis angetreten, die Situation zu bilanzieren. Bisher gibt es vom Südsass aus nur zwei grenzüberschreitende

Kooperationen, wovon eine die Saint-Louiser "Clinique des trois frontières" und das Basler Unispital betrifft, die in der Neonatologie bei der Versorgung von Neugeborenen zusammenarbeiten, die einer besonderen Behandlung bedürfen. Bis ein entsprechendes Abkommen geschlossen wurde, mussten die Kinder entweder "illegal" nach Basel gebracht werden, ansonsten nach Mulhouse oder sogar Straßburg.

Ein weiteres Abkommen besteht mit der Mulhouser Uniklinik und dem Herzzentrum Bad Krozingen, von wo, ebenfalls im Spezialfall medizinisches Personal oder Patienten die Grenze überschreiten. Kein Problem haben Patienten in ganz Europa ausschließlich im Notfall, in dem selbstverständlich überall medizinische Hilfe in Anspruch genommen werden kann. Allerdings galt lange noch ein Verbot für Rettungswagen, die Grenze zu passieren. Gegebenenfalls seien dann zwei Teams gleichzeitig mit Blaulicht losgefahren, so Portal, um sich an der Grenze zum fliegenden Patiententausch zu treffen. Heute sei man indes weitergekommen und arbeite mitunter auch auf wissenschaftlichem Gebiet zusammen, erklärt die Mulhouser Klinikchefin. Mehr Austausch wünscht sie sich in puncto Ausbildung, bisher seien die Berufsbilder hier noch zu unterschiedlich.

Unproblematischer ist die Kooperation dagegen zwischen Deutschland und der Schweiz die eine lange Tradition hat, daran erinnerte der Basler Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger. Bereits 1884 wurde ein Staatsvertrag geschlossen, in dem "die gegenseitige Zulassung der an der Grenze wohnenden Medizinalpersonen zur Berufsausübung" geregelt wurde. 1889 folgte ein vergleichbarer Vertrag mit Frankreich. Seit 2007 läuft zudem das inzwischen mehrfach verlängerte Pilotprojekt zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, das auf den Namen "Grüz" hört und vorerst nur die beiden Basler Kantone und den Kreis Lörrach zusammenbringt. Während von Schweizer Seite deutsche Rehakliniken in Anspruch genommen werden – immerhin rund zehn Prozent der Berechtigten nutzen inzwischen das Angebot – können sich deutsche Patienten umgekehrt unter bestimmten Voraussetzungen auch ohne spezielle Zusatzversicherung in der Schweiz behandeln lassen.

Hat das Projekt in der Schweiz aber nach wie vor Pilotstatus, wurde diese hierzulande durch Anpassung des Vertragsarztrechtsänderungsgesetzes bereits dauerhaft anderen EU-Staaten gleichgestellt. Davon weitgehend unberührt sind das medizinische Versorgungszentrum und die Strahlentherapie des Basler Unispitals (USB) in Lörrach. Unterschiede gibt's zudem weiter bei Budget- und Kostenstrukturen. Hat die Uniklinik Mulhouse ein Budget von 300 Millionen Euro jährlich, kommt das USB bei etwa halb so vielen Betten auf rund eine Milliarde. Deutschland bewege sich im Vergleich dazwischen, sagte Engelberger. "Gesundheitspolitik ist internationaler geworden", ist der Basler Regierungsrat aber überzeugt, habe sich doch auch der G7-Gipfel dieser Tage klar in die Richtung positioniert. Er biete dazu gerne die Hand.

Autor: Annette Mahro

Videos, die Sie auch interessieren könnten

by Taboola

Video: So wütete das Unwetter in Freiburg



Luftaufnahme zeigt Tornado-Schäden bei Bonndorf



Sarah Connor und der peinliche Moment im Flugzeug



Streich kontert Dufner und Co.: "Das macht man nicht"

